

ERGEBNISNIEDERSCHRIFT NR. 11/2018

Öffentliche Sitzung des Haupt- und Personalausschusses der Stadt Lahr/Schwarzwald am Montag, 03.12.18 Rathaus 2, Großer Sitzungssaal

Dauer der Sitzung: 10:30 Uhr bis 15:20 Uhr

Teilnehmende:

Sitzungsleitung Oberbürgermeister Dr. Müller von 10:30 Uhr bis 12:30 Uhr
und von 14:40 Uhr bis 15:20 Uhr

Erster Bürgermeister Schöneboom von 13:30 Uhr bis 14:40 Uhr

SPD: Stadtrat Dr. Caroli
Stadträtin Dreyer
Stadtrat Hirsch
Stadtrat Kleinschmidt

CDU: Stadtrat Dörfler
Stadträtin Rompel
Stadtrat Schweickhardt
Stadtrat Wille
1. pers. Vertreter Benz

Freie Wähler: Stadträtin Deusch
Stadtrat Girstl
Stadträtin Llombart
Stadtrat Roth

Bündnis 90/Die Grünen: Stadträtin Rehm
Stadtrat Täubert
Stadträtin Waldmann
1. pers. Vertreter Vollmer

FDP: Stadtrat Uffelmann

Protokollführung: Frau Kopf
Frau Waldmann

Zuhörende: 3

Diese Sitzung schließt sich einer nichtöffentlichen Sitzung an und ist nach § 34 GemO ordnungsgemäß einberufen und geleitet. Sie wird vom Vorsitzenden eröffnet mit der Feststellung, dass der Haupt- und Personalausschuss beschlussfähig ist.

ÖFFENTLICHE SITZUNG - 10:30 UHR -

I. BEKANNTGABE

1. Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 05.11.2018 gefassten Beschlüsse

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden und gibt die in der nichtöffentlichen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 05.11.2018 gefassten Beschlüsse bekannt:

1. Der Haupt- und Personalausschuss bewilligt gemäß § 84 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg bei der Finanzposition 1.0230.655000 „Sachverständigen, Gerichts- und ähnliche Kosten“ überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 65.000,00 Euro.
2. Der Haupt- und Personalausschuss stimmt der unbefristeten Niederschlagung von Forderungen gegenüber einem säumigen Schuldner über Gewerbesteuern, Veranlagungszinsen, Nebenforderungen und Säumniszuschläge in Höhe von insgesamt 32.457,89 Euro zu.

II. BERATUNGS- UND BESCHLUSSANGELEGENHEITEN

1. Vorberatung des Investitions- und Finanzierungsplanes für die Jahre 2018 bis 2022

Der **Vorsitzende** übergibt das Wort an Stadtkämmerer **Trampert**. Er verweist darauf, dass die Personalkosten am 19.11.2018 im Gemeinderat verabschiedet worden seien und daher nur die Seiten des Haushaltsplans aufgerufen würden ohne die genauen Beträge der Personalkostenveränderungen zu benennen. Die Veränderungen beliefen sich im Gesamten auf etwa 1,3 Mio. Euro. Weiter verweist er auf die Tischvorlage zum Stellenplan des Eigenbetriebs Bäder, Versorgung und Verkehr Lahr.

Der **Vorsitzende** ruft die Tagesordnungspunkte 1, 2 und 3 gemeinsam auf und übergibt das Wort für die Haushaltsreden an Stadtrat **Kleinschmidt**.

Stadtrat **Kleinschmidt** spricht für die SPD- Fraktion:

Das sorgfältige und situationsgerechte Arbeiten der Verwaltung und des gesamten Gemeinderates in den vergangenen Jahren sehe er als positiv an. Entscheidungen seien immer mit Augenmaß getroffen worden. Solide und vorsichtig angesetzte Haushalte hätten dafür gesorgt, dass zum einen große Investitionen möglich gewesen wären und zum anderen Schulden zurückgeführt hätten werden können. Auch die Landesgartenschau (LGS) habe zu keiner Neuverschuldung geführt.

Lahr wächst und habe einen Entwicklungsschub. Dies habe auch mit der

wirtschaftlich guten Lage zu tun. In Bezug auf die LGS sei es wichtig gewesen, dass nicht nur der Lahrer Westen verbessert werde, sondern dass die gesamte Stadt davon profitiere.

Durch das Wachstum würden die Aufgaben in der Verwaltung und dadurch auch die Personal- und Sachkosten steigen. Daraus folge die geringere Zuführungsrate in Höhe von 3 Mio. Euro. Er hoffe jedoch, dass die Zuführungsrate erhöht werden könne.

Durch eine gute wirtschaftliche Gesamtsituation sei es möglich gewesen den Haushalt aufzustellen. Ebenso sei dies durch die Haushaltskonsolidierung und höhere Steuereinnahmen möglich gewesen. Stadtrat **Kleinschmidt** bedankt sich an dieser Stelle bei der Verwaltung für die gute Vorbereitung des Haushaltsentwurfs.

Im Jahr 2019 würden keine freien Rücklagen vorhanden sein, die eingebracht werden könnten. Dafür könne aber das gemeindliche Darlehen in die Finanzierung mit aufgenommen werden. Voraussichtlich werde es 2019 zu einer Neuverschuldung kommen. Er hoffe jedoch, dass 11 Mio. Euro Fremddarlehen und 6,8 Mio. Euro Umwandlung des städtischen Darlehens nicht in dieser Größenordnung gebraucht würden.

Trotz der guten Haushaltslage bezüglich der Einnahmen, solle jedoch die Haushaltsdisziplin gewahrt werden. Im Hinblick auf die geringe Zuführungsrate solle das bereits aufgestellte Finanzierungs- und Entschuldungskonzept auch weiterhin so umgesetzt werden. Wie bereits vom Gebäudemanagement aufgestellt, solle es auch von der Tiefbauabteilung ein Sanierungskonzept geben.

Während der Haushaltsberatungen werde es einige Änderungswünsche von Seiten der SPD-Fraktion geben.

Im Zusammenhang mit dem Ausbau der B415 sollten der Gemeinderat und die Verwaltung Vorstöße bringen, um den Schwerlastverkehr über den Schönberg zu verringern.

Die Planungen für die Gereutertalstraße sollten 2019 begonnen werden, um den desolaten Zustand der Straße zu beheben.

Abschließend stellt Stadtrat **Kleinschmidt** für die SPD-Fraktion fest, dass die Verwaltung und der Gemeinderat in den letzten Jahren gut und verantwortungsbewusst gewirtschaftet hätten und dies auch für 2019 gesehen werde.

Für die CDU-Fraktion meldet sich Stadtrat **Dörfler** zu Wort:

Stadtrat **Dörfler** erwähnt zuerst, dass die CDU-Fraktion grundsätzlich vorsichtig sei mit dem Ansatz zusätzlicher Mittel. Es sei auch an die Haushaltsreste zu denken, die abgebaut werden müssten und dass das Personal hierfür begrenzt sei.

Oberstes Ziel sei es, dass es in 2019 keine Neuverschuldung gebe. Daher werde von Seiten der CDU-Fraktion nur eine Maßnahme beantragt, für die es allerdings einen Deckungsvorschlag der Mittel gebe. Die CDU-Fraktion sehe

es ebenfalls als notwendig, die Gereutertalstraße zu sanieren.

Stadtrat **Girstl** spricht für die Fraktion Freie Wähler:

Die LGS wirke noch positiv nach. Auch sei zu erwähnen, dass es durch die LGS keine Neuverschuldung gegeben habe und somit eine schwarze Null verzeichnet werden könne. Dies sei vor allem einer guten Konjunktur und einer umsichtigen Finanzplanung zu verdanken.

Im Jahr 2019 würde das Haushaltsvolumen wider Erwarten nicht geringer werden und stehe erneut bei rund 160 Mio. Euro. Die gute Konjunktur schlaege sich auch im Haushaltsplanentwurf 2019 deutlich nieder. Die Stadt Lahr profitiere in erheblichem Maße von der guten Wirtschaft. Die steuerlichen Prognosen seien weiter positiv, weshalb mit mehr Steuereinnahmen zu rechnen sei.

Bei der Finanzierung spiele dieses Mal auch die Rückführung des gemeindlichen Darlehens eine Rolle. Stadtrat **Girstl** hoffe, dass die Kreditaufnahmen in 2019 in der geplanten Höhe nicht erforderlich seien. Die Zuführungsrate sei die schwächste im Vergleich zu den letzten Jahren.

Stadtrat **Girstl** sehe es als positiv, dass für die Bildung und Betreuung wieder viel Geld in die Hand genommen werde. Der Haushalt werde hier über den Schulsanierungsfond vom Land und das Kommunale Investitionsgesetz unterstützt. Auch bei der Kinderbetreuung werde der eingeschlagene Weg fortgesetzt.

Stadtrat **Girstl** merkt an, dass im Bereich der Investitionen und bauliche Maßnahmen aufgepasst werden müsse, da das Personal in diesem Bereich am Anschlag sei. Dies sei deutlich an den Haushaltsresten zu sehen.

Die Fraktion der Freien Wähler hätte es sich gewünscht, dass die Stelle für die Städtepartnerschaften, Europa und Internationales Zustimmung im Rat bekommen hätte, da für diese Themen Fachwissen benötigt würden und dies nicht so einfach nebenbei von anderen Mitarbeitern gestemmt werden könne.

Es sei verständlich, dass nicht alle beantragten Maßnahmen der Kernstadt und Ortsteile durchgeführt werden könnten, wobei die Streichliste im Vergleich zu den Vorjahren eher gering ausfalle. In Bezug auf die bestehenden Haushaltsreste werde dem Prinzip „Dringlichkeit vor Wünsche“ gefolgt und daher würden auch keine eigenen Anträge gestellt.

Abschließend bedankt er sich bei der Verwaltung, insbesondere der Stadtkämmerei, für die hilfreiche Vorbereitung des Haushaltsplanentwurfs.

Für die Fraktion der Grünen ergreift Stadtrat **Täubert** das Wort:

Ursprünglich war das Haushaltsjahr 2019 als das Jahr angedacht, indem sich die Maßnahmen in Grenzen halten würden, die Nacharbeiten der LGS in Ruhe durchgeführt und die Haushaltsreste abgebaut würden. Stattdessen habe der Haushaltsplan in etwa den gleichen Umfang wie in den LGS-geprägten Jahren. Dies liege vor allem an den zahlreichen geförderten Investitionen, die zeitnahe als ursprünglich geplant durchgeführt werden könnten.

An dieser Stelle möchte Stadtrat **Täubert** daran erinnern, dass das Finanzierungs- und Entschuldungskonzept als eine Art Selbstbindung beschlossen worden sei und dass dadurch die vorgezogenen Investitionen nicht mit neuen Investitionen aufgefüllt werden dürften.

Aufgrund des Finanzierungs- und Entschuldungskonzeptes und der guten Konjunktur sei es geschafft worden bei der LGS und dem Zukunftsinvestitionsprogramm nahezu ohne Schulden auszukommen. Dieser Erfolg sei auch der Grund, weshalb die Förderprogramme so in Anspruch genommen werden können.

Stadtrat **Täubert** merkt jedoch an, dass sich die Konjunktur abschwächen könnte. Für diesen Fall müsse das Finanzierungs- und Entschuldungskonzept fortgeschrieben werden. Betrachte man die mittelfristige Finanzplanung, gehe man von einem Hochplateau aus. Sollten die Steuereinnahmen absinken, würde es in naher Zukunft eine Neuverschuldung geben.

Die Fraktion der Grünen zeige sich mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf für das Jahr 2019 zufrieden. Von großer Bedeutung seien die bereits beschlossenen mehrjährigen Maßnahmenprogramme, wie beispielsweise das Klimaschutzkonzept oder das Rad- und Fußwegekonzept. Das Klimaschutzkonzept sei mit ausreichend Maßnahmen im Haushalt berücksichtigt. Darin enthalten seien auch Maßnahmen aus dem Schulsanierungsprogramm, welche teilweise auch Klimaschutzmaßnahmen seien. Auch seien Verbesserungen und Neubauten von Rad- und Fußwegen enthalten.

Weitere Maßnahmen seien personaltechnisch nicht umsetzbar. Daher würde auf eigene Anträge verzichtet werden. Zustimmung würden die Anträge zur Beleuchtung der Radwege und dem Gehwegparken finden, sofern die Verwaltung sage, dass es personell möglich sei.

Stadtrat **Uffermann** spricht für die FDP-Fraktion:

Stadtrat **Uffermann** beschreibe den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2019 als ausgewogen. Das Volumen orientiere sich etwa an dem Volumen aus dem Jahr 2018. Allerdings steige der Kreditbedarf im Verhältnis zu 2018 um rund 2 Mio. Euro auf 11 Mio. Euro. Der Haushaltsentwurf folge jedoch den Vorgaben des Gemeinderats zur Entschuldung. Hier seien Tilgungen in Höhe von 2,15 Mio. Euro veranschlagt, sodass unterm Strich eine Neuverschuldung in Höhe von 9 Mio. Euro verbleibe. Hierauf wirke sich auch die Restabwicklung der LGS mit den Zusatzkosten der verschiedenen Dauernutzungen aus.

Der Haushaltsentwurf weise eine Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt in Höhe von rund 3 Mio. Euro aus, welche jedoch unter dem Ansatz aus 2018 bleibe.

Im Hinblick auf die Investitionen sollten zuerst die bereits bestehenden Maßnahmen abgearbeitet werden, damit auch die vorhandenen Haushaltsreste abgebaut werden. Aus diesem Grunde würden keine eigenen Anträge gestellt werden. Auch im Hinblick auf die Umstellung auf das neue Haushaltsrecht sollten die Haushaltsreste weitestgehend abgebaut sein, da keine Res-

te mehr gebildet werden könnten.

Stadtrat **Uffermann** mahnt an, dass bei der Einräumung neuer Stellen Vorsicht geboten sei. Es sei nicht zu verkennen, dass es aufgrund von gesetzlichen und tariflichen Anforderungen zu steigenden Personalkosten kommen würde. Jedoch sei der Anstieg der Personalkosten im Vergleich zu 2017 sehr rasant, was beunruhigend sei, denn es handle sich um bleibende Ausgaben, die den Verwaltungshaushalt auch in schlechten Zeiten belasten würden. In Zukunft solle deshalb unterschieden werden zwischen notwendigen und freiwilligen Aufgaben. Die freiwilligen Aufgaben sollten nach genauer Prüfung ggf. abgelehnt werden.

Der **Vorsitzende** bedankt sich für die Stellungnahmen der Fraktionen.

Über den Tagesordnungspunkt wird nach TOP 2 abgestimmt.

Beratungsergebnis:
Zur Kenntnis genommen

2. Vorberatung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2019 a) Verwaltungshaushalt

Für die Vorberatung des Verwaltungshaushalts schlägt der **Vorsitzende** vor, den Haushalt „Seite für Seite“ durchzugehen und erteilt Stadtkämmerer **Trampert** das Wort. Vorab weist Stadtkämmerer **Trampert** darauf hin, dass die ausliegenden Unterlagen um die Unterlagen der Änderungsliste vom 23.11.2018 ergänzt worden seien.

Anschließend ruft Stadtkämmerer **Trampert**, beginnend mit dem Verwaltungshaushalt auf S. 49, Seite für Seite des Haushaltsplan-Entwurfs auf.

Die einzelnen Haushalts(änderungs)anträge werden im Folgenden sachbezogen (d.h. die jeweiligen Unterabschnitte und Haushaltsstellen betreffend) protokolliert.

EINZELPLAN 0

Unterabschnitt 0230 - Amtsleitung Amt 30 -

Stadträtin **Rompel** beantragt für die CDU-Fraktion bei der Finanzposition 1.0230.655000 „Sachverständigen-, Gerichts- u.ä. Kosten“ weitere Mittel in Höhe von 25.000 Euro einzustellen. Diese Mittel sollen für externe juristische Beratungskosten eingesetzt werden, insbesondere für das Thema B415, Schwerlastverkehr und LKW-Nachtverbot.

Gedeckt werden sollen die Mittel durch den Wegfall der Baumaßnahme im Kindergarten in der Max-Planck-Straße in Höhe von 55.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Das **Gremium** spricht sich einstimmig für den Antrag aus.

EINZELPLAN 2

Unterabschnitt 2114 - Schutterlindenbergschule (Grundschule) –

Stadträtin **Frei** beantragt für die SPD-Fraktion, dass die Mittel in Höhe von 31.000 Euro unter der Finanzposition 1.2114.500000 „Unterhaltung d. Grundstücke u. baul. Anlagen“ für die Videoüberwachung an der Schule wieder aufgenommen werden.

Frau **Kabisch** merkt an, dass auch die Theodor-Heuss-Schule mit einbezogen werden müsse, da es sich hier um ein Anlagenkonzept handle. Die Kosten hierfür belaufen sich auch 20.600 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Das **Gremium** spricht sich einstimmig für den Antrag aus.
Der Antrag umfasst auch die Mittel für die Theodor-Heuss-Schule.

Unterabschnitt 2131 - Theodor-Heuss-Schule (Werkrealschule) –

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass die Beschlussfassung bei der Schutterlindenbergschule die Theodor-Heuss-Schule mit einschließt.

Unterabschnitt 2920 - Übrige schulische Aufgaben –

Stadtkämmerer **Trampert** teilt mit, dass der Ansatz bei der Finanzposition 1.2920.572000 „Schüleraustausch“ um 5.000 Euro erhöht werde, um den Schüleraustausch mit Belleville, Kanada zu vertiefen. Der **Vorsitzende** bittet darum, das Einvernehmen feststellen zu können.

Hinweis:

Die Veränderung des Ansatzes erscheint auf der 2. Änderungsliste, welche dann dem Gemeinderat zugehe.

EINZELPLAN 5

Unterabschnitt 5803 - Abt. Öffentliches Grün und Umwelt/Stabstelle Umwelt –

Stadtrat **Dr. Caroli** beantragt Mittel in Höhe von 3.000 Euro für einen Preis für naturnahe Gartengestaltung einzustellen. Die Preisvergabe soll durch ehrenamtlich Tätige durchgeführt werden. Nach einer kurzen Diskussion lässt der **Vorsitzende** über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Das **Gremium** spricht sich mehrheitlich für den Antrag aus:

10 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

EINZELPLAN 7

Unterabschnitt 7500 - Bestattungswesen -

Stadträtin **Frei** beantragt für die SPD-Fraktion die Wiederaufnahme der Mittel in Höhe von 15.000 Euro für den Umbau der Toilettenanlage der Leichenhalle in Mietersheim.

Abstimmungsergebnis:

Das **Gremium** spricht sich bei 2 Enthaltungen mehrheitlich für den Antrag aus.

Unterabschnitt 7678 - Aktienhof -

Stadtrat **Hirsch** beantragt für den Aktienhof Mittel für eine neue Lautsprecheranlage in Höhe von 15.000 Euro bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Das **Gremium** spricht sich einstimmig für den Antrag aus.

- Pause -

Stadträtin **Rompel** wird nach der Mittagspause zunächst von Stadtrat **Benz** vertreten. Zudem übernimmt der Erste Bürgermeister **Schöneboom** nach der Mittagspause die Sitzungsleitung. Er übergibt das Wort an Stadtkämmerer **Trampert**.

EINZELPLAN 8

Unterabschnitt 8800 - Allgemeines Grundvermögen -

Stadtrat **Uffermann** stellt einen Antrag über 12.000 Euro zur Möglichkeit der Dimmung der Beleuchtung sowie weitere Steckdosen an den Fensterfronten für das Haus am See auf dem Landesgartenschauengelände (Finanzposition 1.8800.500300).

Abstimmungsergebnis:

Das **Gremium** spricht sich bei einer Enthaltung mehrheitlich für den Antrag aus.

EINZELPLAN 9

Unterabschnitt 9100 - Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft -

Zu Sitzungsbeginn wurde mit einer Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt in Höhe von rund 2.958.200 Euro gestartet. Die neue Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt aufgrund der heute beschlossenen Änderungen betrüge laut Herrn **Wurth** rund 2.886.600 Euro. Dies entspreche einer Verringerung um 71.600 Euro.

b) Vermögenshaushalt

Auch für die Vorberatung des Vermögenshaushaltes, so der Erste Bürgermeister **Schöneboom**, wolle man den Haushalt „Seite für Seite“ durchgehen. Er erteilt Stadtkämmerer **Trampert** das Wort.

Sodann ruft Stadtkämmerer **Trampert** „Seite für Seite“ des Vermögenshaushaltes auf.

EINZELPLAN 0

Unterabschnitt 0510 - Statistik -

Stadtkämmerer **Trampert** gibt einen Hinweis auf die Änderungsliste. Parallel zum Verwaltungshaushalt werde es einen neuen Unterabschnitt im Vermögenshaushalt geben. Hier werde eine neue Haushaltsstelle eingebracht für bauliche Verbesserung im Zusammenhang mit der sicheren Aufbewahrung von Statistikerunterlagen in Höhe von 3.000 Euro (Finanzposition: 2.0510.942000-999).

EINZELPLAN 2

Unterabschnitt 2000 - Allgemeine Schulverwaltung -

Stadträtin **Dreyer** stellt einen Antrag für Schulmöbel für zwei weitere Klassenzimmer. Die Erhöhung beträgt 15.000 Euro auf insgesamt 30.000 Euro (Finanzposition 2.2000.935100-999).

Abstimmungsergebnis:

Das **Gremium** spricht sich einstimmig für den Antrag aus.

Unterabschnitt 2117 - Schulgebäude im Stadtteil Kuhbach -

Stadtrat **Kleinschmidt** stellt einen Antrag für den Bau eines Geräteschuppens zur Spielgeräteaufbewahrung in Höhe von 10.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Das **Gremium** spricht sich einstimmig für den Antrag aus.

EINZELPLAN 4

Unterabschnitt 4649 - Kindertagesstätten/Kindergärten/Kinderhorte

Stadtkämmerer **Trampert** gibt einen Hinweis auf die Änderungsliste. Hier sollen für bauliche Verbesserungen 15.000 Euro für die Kindertagesstätte Max-Planck-Straße eingestellt werden. Frau **Töpfer** gibt Auskunft darüber, dass auf der Terrasse eine ganzjährig nutzbare Überdachung/Sonnenschutz vorgesehen sei (Finanzposition 2.4649.942000-002).

Abstimmungsergebnis:

Das **Gremium** spricht sich bei einer Gegenstimme mehrheitlich für den Antrag aus.

EINZELPLAN 5

Unterabschnitt 5500 - Förderung des Sports –

Stadtrat **Kleinschmidt** beantragt 6.000 Euro für den Reitverein Reichenbach für diverse Reparaturen. Der Antrag des Vereins lag der Verwaltung zu spät vor. Herr **Ott** hat voraussichtlich noch Restmittel aus dem Vorjahr, diese sollen gegebenenfalls dafür verwendet werden. Das **Gremium** spricht sich für diese Lösung aus.

Unterabschnitt 5820 - Kinderspielplätze –

Stadtrat **Hirsch** stellt einen Antrag zur Erhöhung des Ansatzes für bauliche Verbesserungen von 162.000 Euro auf 182.000 Euro für den Spielplatz Albert-Schweizer-Straße (Finanzposition 2.5820.962000).

Stadtrat **Benz** und Stadtrat **Roth** haben vor der Abstimmung den Saal verlassen und sind somit bei der Abstimmung nicht anwesend.

Abstimmungsergebnis:

Das **Gremium** spricht sich bei einer Gegenstimme mehrheitlich für den Antrag aus.

EINZELPLAN 6

Unterabschnitt 6300 - Gemeindestraßen –

Stadtrat **Hirsch** stellt einen Antrag für die Sonderkonzeption „Gehwegparken“ in Höhe von 50.000 Euro (Finanzposition 2.6300.950000-092).

Abstimmungsergebnis:

Aufgrund der unklaren Betragshöhe spricht sich das **Gremium** bei einer Gegenstimme mehrheitlich für die Überprüfung im Technischen Ausschuss sowie einen Sperrvermerk aus.

Stadtrat **Roth** und Stadträtin **Rompel** nehmen wieder an der Sitzung teil.

Stadtrat **Kleinschmidt** stellt einen Antrag über eine Planungsrate für die Bachmauer und den Ausbau/Sanierung der Gereutertalstraße Reichenbach in Höhe von 60.000 Euro. Der Ansatz für die Fortsetzung des nächsten Bauabschnittes zwischen Lindenplatz und Burgstraße im Jahr 2020 verringert sich entsprechend von 620.000 Euro auf 560.000 Euro (Finanzposition 2.6300.950000-607).

Abstimmungsergebnis:

Das **Gremium** spricht sich einstimmig für den Antrag aus.

Unterabschnitt 6700 - Straßenbeleuchtung -

Der **Vorsitzende** übernimmt wieder die Sitzungsleitung vom Ersten Bürgermeister **Schöneboom**.

Stadtrat **Kleinschmidt** stellt einen Antrag für die Beleuchtung eines Fahrradweges entlang der Schutter zwischen Kuhbach (Rückhaltebecken) und Reichenbach (Schutterbrücke) in Höhe von 130.000 Euro (Finanzposition 2.6700.959000). Stadtrat **Roth** stellt darüber hinaus den Antrag zur Beleuchtung des Fahrradweges am Waldmattensee in Höhe von 15.000 Euro auf der gleichen Finanzposition. Der **Vorsitzende** fragt, ob das **Gremium** über die beiden Anträge en bloc abstimmen wolle. Das **Gremium** befürwortet den Vorschlag.

Abstimmungsergebnis:

Das **Gremium** spricht sich einstimmig für den Antrag aus.

EINZELPLAN 8

Unterabschnitt 8800 - Allgemeines Grundvermögen -

Stadträtin **Rehm** verlässt die Sitzung. In Vertretung nimmt Stadtrat **Vollmer** an der Sitzung teil.

Der **Vorsitzende** weist auf die bekannte Baumaßnahme in der Leopoldstraße hin, wo bei Voruntersuchungen Relikte aus der römischen Besiedlungszeit gefunden worden seien. Vor der geplanten Bebauung für den Sozialen Wohnungsbau seien Bodenuntersuchungen, -aushebungen und -bewertungen erforderlich, die mit einer Größenordnung von ca. 300.000 Euro eingeschätzt wurden. Erster Bürgermeister **Schöneboom** schlägt vor, hierfür einen Sperrvermerk zu setzen, da die Größenordnung und die Zeitschiene noch nicht hinreichend bekannt seien.

Abstimmungsergebnis:

Das **Gremium** spricht sich einstimmig für den Antrag aus.

EINZELPLAN 9

Unterabschnitt 9100 - Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft -

Stadtkämmerer **Trampert** bittet Herrn **Wurth** über das aktuelle Ergebnis der Haushaltsberatungen zu berichten.

Herr **Wurth** berichtet, dass sich die Darlehensaufnahme zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes unter Berücksichtigung aller beschlossenen Änderungen von 11.123.100 Euro auf 11.754.700 Euro erhöht habe. Dies entspreche einer Steigerung von 631.600 Euro.

Das gesamte Haushaltsvolumen für den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt im Jahr 2019 belaufe sich somit auf 162,2 Mio. Euro.

Der **Vorsitzende** lässt das **Gremium** über die folgenden Vorschläge der Verwaltung insgesamt abstimmen:

„Der Haupt- und Personalausschuss stimmt dem Entwurf der vorgelegten Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 unter Einbeziehung der beschlossenen Änderungen zu und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung.

Gleichzeitig wird an den Gemeinderat die Empfehlung ausgesprochen, folgende Sperrvermerke zu beschließen:

Haushaltsstelle: 2.6300.950000-092 „Gemeindestraßen Fußverkehrsinfrastruktur“ in Höhe von 50.000 Euro für die Maßnahme „Sonderkonzept Gehwegparken“.

Haushaltsstelle: 2.8800.950500-999 „Allgemeines Grundvermögen – Bodenordnungsmaßnahmen“ in Höhe von 300.000 Euro für die Maßnahme „Sicherstellung der Wohnbebauung für ein städtisches Grundstück in der Leopoldstraße“.

Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Ermittlung des Haushaltsvolumens entsprechende geringfügige Korrekturen vorzunehmen.

Der vorgelegte Investitions- und Finanzierungsplan für die Jahre 2018 bis 2022 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.“

Abstimmungsergebnis:

Der **Vorsitzende** stellt das Einvernehmen des **Gremiums** über diesen Antrag fest.

3. Vorberatung der Wirtschaftspläne 2019
 - a) Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung Lahr
 - b) Eigenbetrieb Bau- und Gartenbetrieb Lahr
 - c) Eigenbetrieb Bäder, Versorgung und Verkehr Lahr

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass das **Gremium** damit einverstanden sei, dass über die Wirtschaftspläne 2019 der Eigenbetriebe der Stadt insgesamt abgestimmt werden könne. Es wird über folgenden Beschlusstenor abgestimmt:

„Der Haupt- und Personalausschuss stimmt den Entwürfen der vorgelegten Wirtschaftspläne 2019 für die Eigenbetriebe Abwasserbeseitigung Lahr, Bau- und Gartenbetrieb Lahr sowie Bäder, Versorgung und Verkehr Lahr (ggf. unter Einbeziehung der beschlossenen Änderung/en) zu und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung.

Hinweis für den Eigenbetrieb Bäder, Versorgung und Verkehr Lahr: Unter Berücksichtigung der Änderungsfassung bzw. der heute ausgelegten Tischvorlage Stellenübersicht 2019“

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig vom **Gremium** beschlossen.

III. OFFENLEGUNGSVERFAHREN

- | | |
|-----------------|---|
| 297/2018
201 | 1. Annahme / Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen - Stadt Lahr als Spendenempfänger - |
|-----------------|---|

Der Haupt- und Personalausschuss beschließt:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Es wird festgestellt, dass die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses während der gesamten Dauer der heutigen Sitzung gewährleistet war.

Lahr/Schwarzwald, 03.12.2018

Vorsitzender

Protokollführung

Stadtrat/-rätin

Stadtrat/-rätin